

Religion, Gendern und Rentenalter: So unterschiedlich ticken die Kandidaten

Die Landtagskandidierenden spiegeln eine grosse Meinungsvielfalt wider. An welchen Themen könnte man sich womöglich reiben?

Daniela Fritz

69 Personen kandidieren für den Landtag und bringen 69 unterschiedliche Perspektiven mit. Nichtsdestotrotz gibt es einige Themen, in denen unter den Kandidatinnen und Kandidaten grosse Einigkeit herrscht, wie ein Blick auf wahlhilfe.li verrät. Zwar lassen sich konkrete Vorlagen in der Realität meist nicht auf ein simples Ja oder Nein herunterbrechen. Ein Stimmungsbild lässt sich aus den Fragebogen aber dennoch ableiten.

Demnach finden die meisten Kandidierenden, dass der Staat die Klimaziele nur über Anreize und nicht mit Verboten erreichen darf. 94 Prozent sprachen sich für eine solche Handhabe aus, mehr Einigkeit wurde in keiner anderen Sachfrage erzielt. Eine grosse Mehrheit (93 Prozent) sprach sich ausserdem dagegen aus, dass Schüler aus religiösen Gründen von einzelnen Fächern oder Veranstaltungen befreit werden können – auch wenn dies aktuell kein Thema ist. Weitere 88 Prozent können sich auf mehr Medienförderung für kleine Medienunternehmen einigen. Aber wo zeigen sich Kontroversen?

Gleichbehandlung der Religionen

Die Freie Liste will mittels Initiative den Sonderstatus der römisch-katholischen Kirche abschaffen und alle Religionsgemeinschaften über eine Mandatssteuer finanzieren. Inso-

fern überrascht es nicht, dass alle FL-Kandidierenden für eine Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften sind. Eine relativ klare Meinung vertritt auch die DpL, wo neun von zehn Kandidierenden die römisch-katholische Kirche weiterhin bevorzugen würden. Nicht einig ist man sich in dieser Frage hingegen in den Grossparteien, wo sich die entgegengesetzten Strömungen in etwa die Waage halten. Bei der VU könnte sich eine knappe Mehrheit von 14 Kandidierenden eine Gleichbehandlung der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften vorstellen, in der FBP ist es genau umgekehrt.

Rentenalter an Lebenserwartung koppeln

In diesem Jahr muss die Regierung Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV vorschlagen. Eine der möglichen Stellschrauben ist eine Erhöhung des Rentenalters – beispielsweise durch eine Koppelung an die Lebenserwartung.

Vor allem in der VU gibt es dazu sehr unterschiedliche Haltungen. Fast ebenso viele Kandidierende (12) stehen dem ablehnend gegenüber wie positiv (13). Anders in der FBP, dort können dem immerhin 18 Kandidierende etwas abgewinnen. Auch die DpL stehen dem Thema differenziert gegenüber – die Hälfte der Kandidierenden könnte sich eine Kopplung an die Lebenserwartung vorstellen, die andere nicht. In der FL hingegen ist man sich einig –

das Rentenalter darf nicht an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Kein einziger Kandidat sieht dies anders.

Einführung eines Mindestlohns

Zwar gibt es in einigen Branchen dank Gesamtarbeitsvertrag (GAV) einen Mindestlohn, nicht aber in allen. Einen solchen einzuführen, wird aber unter den Kandidierenden gemischt gesehen. Die Grossparteien sind tendenziell eher gegen eine solche Massnahme, bei der VU würden aber immerhin zehn Personen und bei der FBP acht Personen einen Mindestlohn begrüssen. Als Einzige sind sich die FL-Kandidierenden einig, die unisono für die Einführung eines Mindestlohns wären. Aber auch im DpL-Team wäre dafür eine Mehrheit (70 Prozent) zu finden.

Spätere Zuteilung an weiterführende Schulen

Ebenfalls eine gemeinsame Haltung vertritt die FL, wenn es um die Zuteilung der Schüler an Oberschule, Realschule oder Gymnasium geht. Jeder der neun Kandidierenden würde eine spätere Zuteilung begrüssen. Durchschicker ist das Bild bei den DpL, sechs Personen würden eine Änderung begrüssen, vier finden den Zeitpunkt nach fünf Jahren Primarschule passend. Bei den Grossparteien ist jeweils ein Drittel dafür, die meisten würden aber am derzeitigen System nichts ändern.



Politik ist die Suche nach einem Kompromiss.

Bild: Nils Vollmar

Genderverbot an Schulen und Behörden

Ein Genderverbot trieb die liechtensteinische Politik bisher zwar nicht um, aber zumindest die umliegenden Länder. So führten in Deutschland mehrere Bundesländer ein Genderverbot in der Verwaltung ein, die österreichische Regierung änderte die Richtlinien für die Verwaltung und auch in der Schweiz gibt es Bestrebungen, auf Sonderzeichen zum Gendern zu verzichten.

Kontrovers wird das Thema jedenfalls auch in Liechtenstein gesehen. Von den 69 Kandidierenden sprechen sich 36 Kandidierende für ein Genderverbot aus, 33 sind dagegen. Einem Genderverbot am meisten ab-

gewinnen kann das zehnköpfige DpL-Team – zwei Frauen und fünf Männer halten wenig von Doppelpunkten, Sternchen und Co. Bei der FBP sprechen sich zwölf Kandidaten und drei Kandidatinnen für ein Genderverbot aus, zehn sind dagegen. Kontroverser sieht man es bei der VU, 13 der 25 Kandidierenden wären dafür – darunter zwei Frauen. Bei der FL spricht sich die grosse Mehrheit fürs Gendern aus, mit einer Ausnahme.

Stimmrecht für Ausländer

Kontrovers wird auch die Mitbestimmung von Ausländern gesehen. 38 Kandidierende (55 Prozent) könnten sich aber vorstellen, dass zumindest auf Ge-

meindeebene auch Ausländer wählen dürfen, wenn sie schon länger im Land leben. Das sehen zwar alle im FL-Team so, die DpL würde hingegen mit zwei Ausnahmen nur Liechtensteinern das Wahlrecht überlassen. Gespalten sind die Kandidierenden der Grossparteien, wobei sich die FBP etwas aufgeschlossener zeigt als die VU.

Die grössten Gräben innerhalb der Parteien

Generell ist das Meinungsspektrum in den Grossparteien am grössten – positiv formuliert bilden sie eben auch die breite Mitte ab. So werden im VU-Kandidatenteam vor allem das Rentenalter, die Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags, Sterbehilfe, Enteignungen für Infrastrukturprojekte oder Steuervorteile für Kita-Kosten unterschiedlich gesehen. In der FBP gehen die Meinungen über Bildungsgutscheine, die Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften oder die integrative Schule auseinander.

Bei den DpL ist ebenfalls die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung ein kontroverses Thema, ebenso wie steuerliche Vorteile für ausserhäusliche Betreuung, der OKP-Staatsbeitrag oder die Förderung von erneuerbaren Energien.

Am ähnlichsten ticken die «Weissen», die auffällig ähnlich antworten. Nur bei der Zuwanderung von Schweizern und EWR-Bürgern scheiden sich die FL-Geister.